

Jüdisches Leben | 25.08.2026 | Nr. 244/26

Anette Röttger und Marion Schiefer: Über 100 Maßnahmen für geschütztes und sichtbares jüdisches Leben in Schleswig-Holstein

Anlässlich der heutigen Vorstellung des Landesaktionsplans gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Schleswig-Holstein erklärt zunächst Anette Röttger, die religionspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein:

„Jüdisches Leben gehört selbstverständlich zu Schleswig-Holstein. Der neue Landesaktionsplan macht deutlich, dass wir es nicht bei diesem Bekenntnis belassen, sondern Verantwortung übernehmen. Es ist wichtig, jüdisches Leben sichtbar zu machen, zu schützen und zugleich das Wissen über jüdische Geschichte und Gegenwart in unserer Gesellschaft zu stärken. Der Aktionsplan verbindet mit seinem mehr als 100 Maßnahmen deshalb Schutz und Prävention mit Bildung, Begegnung und Erinnerungskultur.“

Besonders wichtig sei die breite Beteiligung bei der Erarbeitung des Aktionsplans gewesen. „Dass die jüdischen Landesverbände von Beginn an beteiligt waren, ist ein großer Gewinn“, so Röttger weiter. „Ein Aktionsplan für jüdisches Leben muss gemeinsam mit den Menschen entwickelt werden, deren Leben, Sicherheit und Sichtbarkeit im Mittelpunkt stehen. Der nun vorliegende Plan ist deshalb auch ein wichtiges Zeichen für einen offenen und respektvollen Dialog.“

Marion Schiefer, die justiz- und extremismuspolitische Sprecherin der Fraktion, ergänzt:

„Antisemitismus ist keine Randerscheinung. Er zeigt sich auf der Straße, in gesellschaftlichen Debatten und im Internet. Deshalb brauchen wir einen Staat, der konsequent hinschaut, Betroffene unterstützt und antisemitische Straftaten entschlossen verfolgt. Der Landesaktionsplan setzt hier an der richtigen Stelle an: bei der Prävention, bei der Sicherheit und bei der konsequenten Strafverfolgung.“

Schiefer hebt insbesondere die vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes und der Unterstützung Betroffener hervor. Dazu gehören unter anderem die engere Zusammenarbeit der Generalstaatsanwaltschaft mit der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein, die Bekämpfung von Antisemitismus im Rahmen der sogenannten „digitalen Streife“ sowie die psychosoziale Prozessbegleitung für Betroffene antisemitisch motivierter Straftaten.

„Gerade angesichts antisemitischer Hetze in sozialen Netzwerken müssen wir unsere

staatlichen Strukturen weiterentwickeln. Es ist richtig, dass der Aktionsplan auch die digitale Dimension des Antisemitismus in den Blick nimmt. Gleichzeitig kommt es darauf an, dass Betroffene nicht allein gelassen werden“, so Schiefer. „Insofern gelte auch der tatsächlichen Rückendeckung für jüdische Studierende durch die Hochschulen im Studienalltag ein hohes Augenmerk.“

Auch Bildung und Sensibilisierung seien zentrale Voraussetzungen für eine wirksame Antisemitismusbekämpfung. Vorgesehen seien unter anderem Fortbildungen für Polizei, Justiz, Verwaltung und Lehrkräfte, die stärkere Verankerung des Themas Antisemitismus in der Lehrkräfteausbildung sowie Angebote zu antisemitischen Chiffren.

Röttger verweist zudem auf die Bedeutung von Erinnerungskultur und lebendigem jüdischem Leben in Schleswig-Holstein. „Erinnerung darf nicht bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit stehen bleiben. Wir müssen jüdisches Leben gerade in der heutigen Zeit sichtbar machen und Begegnungen ermöglichen, die insbesondere auch den Dialog zwischen Jung und Alt fördern. Die geplanten Jüdischen Kulturtage ab dem kommenden Jahr sowie die Ringvorlesungen an den Hochschulen sind hierfür bestens geeignet“, so Röttger.

Beide Sprecherinnen betonen, dass mit der Vorstellung des Landesaktionsplans die Arbeit nicht beendet sei. „Entscheidend ist jetzt, dass aus der Vielzahl der Maßnahmen auch gelebte Praxis wird“, so Röttger und Schiefer abschließend.